

Ausbeuterherrschaft. Die Front gegen die imperialistischen Kriegstreiber gewinnt an Breite. Immer mehr Völker beschreiten den Weg der nationalen Unabhängigkeit und befreien sich von imperialistischer Vorherrschaft.

Gleichzeitig vertiefen sich auch die Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise der imperialistischen Länder selbst. Die aggressivsten Gruppierungen zeigen sich bereit, ihre Profitinteressen um den Preis äußerster Maßnahmen, bis hin zum Krieg, durchsetzen zu wollen. Andere Gruppierungen halten es angesichts der wachsenden Macht der sozialistischen Länder für tunlicher, realistischer an die internationalen Probleme heranzugehen, und zeigen eine gewisse Bereitschaft, zu Übereinkommen mit den sozialistischen Ländern zu gelangen. Das begrüßen wir. Wenn sie Lösungen im Sinne der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vorziehen, so bedeutet das selbstverständlich nicht, daß sie dem Sozialismus nützen wollen. Für uns als Kommunisten steht außer Frage, daß es richtig und notwendig ist, alle Widersprüche im Lager des Feindes im Interesse des Friedens und des Fortschritts zu nutzen.

Genossen! Die Deutsche Demokratische Republik ist an einer Grenze zwischen den beiden Weltsystemen unmittelbar mit dem Imperialismus der BRD konfrontiert. Jeder weiß, daß diese westdeutsche Bundesrepublik mit dem Ziel gegründet worden ist, in den damaligen westlichen Besatzungszonen die Macht des Monopolkapitals zu restaurieren und einen imperialistischen Staat zu schaffen, der ohne Zweifel im Rahmen der USA-Globalstrategie eine Schlüsselstellung einnimmt.

Will man die Grundrichtung der Politik eines imperialistischen Staates erkennen, so muß man vor allem die Prozesse analysieren, die sich in seiner ökonomischen Basis und in seiner Herrschaftsstruktur vollziehen. Insbesondere während der letzten Jahre hat in der BRD die Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Superkonzerne sprunghaft zugenommen. Charakteristisch sind das Entstehen eines militärisch-industriellen Komplexes, eine krebsartig wuchernde Rüstungswirtschaft sowie ein nie gekannter Grad der Verschmelzung zwischen den Monopolen und dem Staat. Hinzu kommt eine fortschreitende ökonomische und militärische Verflechtung mit den USA. Diese Prozesse sind der Hintergrund für ein ständiges Drängen nach immer einflußreicheren Positionen in der NATO, nach Vorherrschaft in der EWG sowie für gesteigerte neokolonialistische Aktivitäten.